

3145/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Georg Wurmitzer und Kollegen vom 5. November 1997, Nr. 3215/J, betreffend Finanzierung der Wiener Zeitung aus Steuermitteln, beehre ich mich folgendes mitzuteilen;

Einleitend möchte ich festhalten, daß die Buchhaltung des Bundesministeriums für Finanzen für jeden „Geschäftspartner“ sogenannte „Personenkonto“, die sich auf physische oder juristische Personen (d.s. Einzelpersonen bzw. Firmen) beziehen, eröffnen muß. Daher müßten, um die Anfrage konkret beantworten zu können, alle Personenkonto auf sämtliche „Bewegungen“ (Buchungen, Zahlungen, Schulden oder Forderungen etc.) abgefragt, einzeln und händisch gesichtet und daraufhin geprüft werden, ob es sich bei der jeweiligen Buchung um eine finanzielle Leistung an das Unternehmen „Wiener Zeitung“ handelt. Zusätzlich wäre anhand der Einzelbelege zu überprüfen, ob es sich bei diesen finanziellen Leistungen etwa um Inserate, Beilagen, Stellenausschreibungen, öffentliche Vergaben bzw. sonstige Veröffentlichungen handelt.

Ich ersuche um Verständnis dafür, daß dies für den in der Anfrage genannten Zeitraum einen nicht zu bewältigenden Verwaltungsaufwand nach sich ziehen würde.

Aus diesen Gründen wurde daher die Beantwortung dieser Anfrage auf das Jahr 1997 (vom 1. Jänner 1997 - 21. November 1997) und den Bereich der Zentralstelle beschränkt.

Für den genannten Zeitraum stellt sich die Situation konkret wie folgt dar;

Zu 1. und 2.:

Im überprüften Zeitraum wurden 100 Inserate (Details siehe meine Beantwortung zu den Fragen 5. bis 10.) geschaltet; die Kosten betrugen 604.444,80 S.

Zu 3. und 4.:

Wie mir berichtet wird, wurden seitens meines Ressorts keine Beilagen in Auftrag gegeben.

Zu 5. und 6.:

Aufgrund von verschiedenen gesetzlichen Verpflichtungen wurden 82 Veröffentlichungen (vor allem Kundmachungen wie beispielsweise Zollwertkurse) im Amtsblatt zur Wiener Zeitung geschaltet; die Kosten beliefen sich dafür auf 431.370,-- S.

Zu 7. und 8.:

Bis zum 21. November 1997 wurden 14 Stellen ausgeschrieben. Die Kosten betrugen 125.703,60 S.

Zu 9. und 10.:

Im überprüften Zeitraum wurden vier öffentliche Vergaben ausgeschrieben, wofür Kosten in Höhe von 47.371,20 S anfielen.

Zu 11. bis 13.:

In dem in meiner Einleitung zur Anfrage erwähnten überprüften Zeitraum wurden in der Wiener Zeitung, wie mir berichtet wird, keine sonstigen Publikationen für das Bundesministerium für Finanzen getätigt.